

Ausgabe 1.2010

# klartext

Magazin der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt



## Titel

### Zum 8. März!

Ein Denkmal für Unku	4
Hartz-IV und die eigene Identität	5
Frauen und Frieden. Frauen und Krieg.	6
Frauen ganz links	9

## Themen

Zeit zur Diskussion	3
Die falsche Ergänzung des Falschens	7
Gewalt beim Fußball gehört ins Abseits	8
Berufsbildung 2015	10
Befreiung des Denkens	11
„Demokratie im eisernen Käfig“	12
Zum Gründungsaufruf „Institut Solidarische Moderne“	15

## Kolumne

Die Stunde der Partei	14
-----------------------	----

## Buchtipps

	16
--	----

## Impressum

**klartext**  
Magazin der LINKEN in Sachsen-Anhalt  
Herausgeber:

Landesvorstand der Partei DIE LINKE, Sachsen-Anhalt  
**Redaktion:** Anke Lohmann (Leitung), Martin Reso, Matthias Höhn (V.i.S.d.P.), Monika Krüger, Thomas Drziska, Matthias Gärtner, Joachim Spaeth, Henriette Quade, Peggy Krößmann

**Druck:** Harzdruckerei, Wernigerode

**Auflage:** 5.000 Exemplare

**Preis:** Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21.02.2010. KLARTEXT erscheint einmal im Quartal. Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der Partei DIE LINKE, Sachsen-Anhalt. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wählender Kürzungen ausdrücklich vor. Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

**Kontakt und Bestellung:** DIE LINKE, Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion KLARTEXT, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg, Tel.: 0391 7324840, Fax: 0391 7324848, E-Mail: lgst@dielinke-lsa.de

## Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Die Idee des Internationalen Frauentages entstand 1910. Vor 100 Jahren schlug Clara Zetkin, zu dieser Zeit Mitglied der SPD, der ebenfalls durch sie initiierten Sozialistischen Fraueninternationale bei ihrer ersten Konferenz vor, einen solchen Aktionstag einzuführen. Die internationale Zusammenarbeit sollte auch – wie die ähnlichen Kooperationsformen der Arbeiterbewegung – die Durchsetzbarkeit der Standpunkte im eigenen Land stärken.

Frauen beanspruchten ihren Platz bei der Suche nach einer emanzipierten Gesellschaft – und waren sich gleichzeitig nicht einig, wie dieser Platz auszufüllen sei. Bereits 1896 hatte sich die sozialistische Frauenbewegung von der bürgerlichen getrennt, entzweit über die Forderungen, ob es neben den Bildungs- und sozialen Fragen auch um die politische Gleichberechtigung sowie um den Klassenkampf gehen müsse.<sup>1</sup> Ab 1908 ermöglichte die „Vereinsfreiheit“ Frauen die Mitgliedschaft in Parteien – allerdings ohne jegliche Wahlrechte. Diese, unter anderen durch Zetkin geforderte politische Gleichstellung, wurde Frauen per Dekret des Rates der Volksbeauftragten aus der SPD und der USPD im November 1918 zugesprochen. Ein Jahr später machten bei den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung 90 Prozent der 19 Millionen (!) Erstwählerinnen davon Gebrauch.<sup>2</sup>

1911 wurde der erste Frauentag in vier Ländern – Deutschland, Österreich-Ungarn, Dänemark und der Schweiz – begangen. Der 8. März hat sich erst über mehrere Jahrzehnte und verschiedene historische Rückgriffe hinweg etabliert. Nach der Abschaffung durch die Nationalsozialisten – zugunsten des Mutterkultes nebst Muttertag und Mutterkreuz – wurde der Frauentag bereits 1946 wieder in der SBZ eingeführt. In der BRD wurde der Tag erst durch die neue Frauenbewegung wiederbelebt. Seit 1977 ist er offizieller UN-Feiertag.<sup>3</sup>

KLARTEXT hat in seiner Frühjahrsausgabe Frauen gebeten, über ihr Engagement, ihre Erfahrungen, ihre Interessen in ganz unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft zu schreiben. Ulrike Brösner hat für uns eine Antwort auf Roland Kochs Forderungen nach (mehr) Arbeitszwang für Hartz-IV-Empfänger verfasst, wobei sie sich nicht in der Tristesse des Alltags verliert, sondern viel über die emotionale

Herausforderung sagt, eine als sinnvoll erlebte und finanziell absichernde Beschäftigung verweigert zu bekommen (S. 5).

Therese Wenzel, Studentin in Magdeburg, hat über Geschlechterklischees sowie über bittere Realitäten innerhalb von Kriegs- und Krisenregionen geschrieben. Neben der speziellen Kriegsführung gegen Frauen mittels sexueller Gewalt sind Frauen aber auch – in wenig bekanntem Maß – als Soldatinnen und Söldnerinnen an militärischen Konflikten beteiligt (S. 6).

Gisela Opitz hat mit dem Verband der Stadtführer in Magdeburg, mit dem Künstler Wolfgang Roßdeutscher sowie der Unterstützung von Schülerinnen und Schülern, 2009 einen Gedenkort in Magdeburg geschaffen, der an die im Nationalsozialismus deportierten Roma und Sinti erinnert. Ihre Initiative hat ermöglicht, dass die Mahnung anlässlich des Holocaustgedenktes in diesem Jahr einen Bezug zu einer bisher wenig beachteten Opfergruppe und zu konkreter Lokalgeschichte hatte (S. 4).

Einem Mann oblag es, Frauen zusammenzubringen, über die es heißt, sie stünden in ihren Parteien „ganz links“. Roland Claus hatte nach Halle eingeladen und Andrea Ypsilanti (SPD) und Sarah Wagenknecht (DIE LINKE) sind der Aufforderung gefolgt. Wie es Henriette Quade gefallen hat, lesen Sie auf S. 9.

Eine interessante Lektüre wünscht

**Anke Lohmann**

1] Margret Karsch: Feminismus für Eilige, Berlin 2004, S. 63ff.

2] Karsch, S. 67f.

3] Wikipedia: Internationaler Frauentag. Online im Internet: [http://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler\\_Frauentag](http://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_Frauentag), zugegriffen am 19.02.2010

# Zeit zur Diskussion

■ Wer kennt das nicht: Manchmal muss man sich mal etwas Zeit für sich selbst gönnen. Und das nicht aus übertriebener Selbstgefälligkeit, sondern um den Akku wieder aufzuladen und sich zu vergewissern, wo man steht und wohin man eigentlich will. Wer sich diese Auszeiten nicht hin und wieder gönnt, spürt die Folgen meist erst, wenn es zu spät ist. Unsere Partei nimmt sich gerade auch eine solche Auszeit.

Nicht, dass wir in diesen Wochen keine Politik machen würden, im Gegenteil: Im Land wie im Bund sind wir mit unseren Alternativen sichtbar. Erst im Januar ist mit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2010/11 im Landtag deutlich geworden, dass es sich lohnt, hartnäckig und erkennbar zu bleiben. Monatelang hatten wir in Sachsen-Anhalt die klammen Kassen der Kommunen immer und immer wieder thematisiert, haben beharrlich die Absenkung der Landesmittel in den Beratungen abgelehnt und eine Verstetigung beantragt. Am Ende konnten wir uns nicht gänzlich durchsetzen, aber die Koalition aus CDU und SPD war aufgrund des öffentlichen Drucks gezwungen sich zu bewegen. Links hat gewirkt!

Aber dennoch spüren wir im Moment, wie Debatten über die zukünftige Aufstellung der Bundespartei unsere Aufmerksamkeit binden. Und so sehr es meistens richtig ist, die wenigste Zeit auf Selbstbeschäftigung zu verwenden, so sehr bin ich dafür, dass wir uns alle in der Partei jetzt die Zeit zur Diskussion nehmen. Schließlich geht es doch nicht um irgend etwas! Nachdem klar ist, dass Lothar Bisky, Oskar Lafontaine und Dietmar Bartsch die Führungsmannschaft im Mai verlassen (müssen), steht die Partei vor zwei Herausforderungen, die so in ihrer Gleichzeitigkeit nicht absehbar waren. Wir müssen die in Kürze mit dem ersten Entwurf eröffnete Programmdebatte gemeinsam mit der personellen Neuaufstellung meistern.

Seit 2005 sind wir de facto von Wahlkampf zu Wahlkampf gehastet. Es blieb

wenig Kraft, die Partei nach innen zu stabilisieren und über die offenen Fragen, die 2007 in einer Urabstimmung allen als Hausaufgaben aufgegeben worden sind, eine Verständigung zu organisieren. Schwer zu sagen, ob das ein Versäumnis war oder aufgrund der rasanten Tagespolitik nicht anders ging. Aber nun, nach unserem großartigen Erfolg bei der Bundestagswahl und kurz vor dem nahen persönlichen Einschnitt, merken wir, dass wir manchen Debatten nicht mehr aus dem Weg gehen können.

Schadet es der Partei zu debattieren? Nein. Ich glaube vielmehr, es würde der Partei sehr bald schaden, gingen wir der Debatte aus dem Weg. Eines ist dabei aber unabdingbar: Kulturvoll muss es zugehen. Über den Jahreswechsel hatten einige diesen Maßstab aus den Augen verloren, Unterstellungen und öffentliche Anklagen standen im Raum, am Ende wurden Menschen, die über viele Jahre am Erfolg der Partei ihren Anteil hatten, persönlich beschädigt. So etwas darf sich nicht wiederholen.

Für 2011 hat uns der Landesparteitag im vergangenen November einen ziemlichen Rucksack aufgebunden: die CDU aus der Regierung ablösen und einen Politikwechsel für Sachsen-Anhalt ermöglichen. Die Chancen dafür stehen gut, der Landesverband und die Landtagsfraktion haben in den letzten vier Jahren einiges an Vorarbeit geliefert. Aber, es ist klar, mit der Erarbeitung des Wahlprogramms und Planung und Realisierung des Wahlkampfes liegt der schwierigste Teil noch vor uns. Wir müssen dies gemeinsam tun! Wahlen gewinnen wir nicht, weil wir es beschlossen haben, sondern nur mit einem überzeugenden und glaubwürdigen politischen Angebot an die Bürgerinnen und Bürger. Von April bis Juni werden wir im Landesverband auf fünf Regionalkon-

Die Wahl der neuen Parteispitze findet im Mai in Rostock statt.



ferenzen (Termine S.13) die landesweite Diskussion über unser neues Parteiprogramm und unsere Vorstellungen über das Landtagswahlprogramm eröffnen. Dann wird sich zeigen, ob wir bereit und in der Lage sind, unsere grundsätzlichen Positionen mit realer Politik zu verbinden. Alle, die an diesen Diskussionen Interesse haben, sind schon heute herzlich eingeladen.

Allen ist klar, mit dem Bundesparteitag in Rostock stehen wir vor einem neuen Abschnitt unserer noch jungen Parteigeschichte. Das erste Kapitel haben wir erfolgreich geschrieben. Ob dies auch in Zukunft so sein wird, liegt in unserer Verantwortung. Schon weil wir in einem Jahr in Sachsen-Anhalt vor wichtigen Wahlen stehen, haben wir ein hohes Interesse daran, dass wir den Problemen nicht ausweichen und uns eben jetzt die Zeit für eine Selbstverständigung nehmen. Dabei werden wir vielleicht auch zu strukturellen Übergangslösungen in unserer Satzung greifen müssen. Um dies zu tun, bedarf es einer breiten Zustimmung – nicht zuletzt darum werbe ich für den Vorschlag einer Urabstimmung. Sie würde die Mitglieder der Partei wieder ins Zentrum der Debatte rücken.



**Matthias Höhn,**  
Landesvorsitzender der  
Partei DIE LINKE. Sachsen-  
Anhalt.

# Ein Denkmal für Unku

Seit dem 1. März des vergangenen Jahres gibt es in unserer Stadt zwei Gedenkorte für die ermordeten Sinti und Roma, beide gestaltet vom Bildhauer Wolfgang Roßdeutscher. Hier soll die Rede sein vom Zweiten, einer Marmorstele mit den Namen von 340 Ermordeten aus dem so genannten Zigeunerlager am Holzweg, zu denen auch Unku und ihre beiden kleinen Töchter gehörten. Unku, deren bürgerlicher Name Erna Lauenburger war, ist den meisten hier Aufgewachsenen bekannt aus dem Kinderbuch „Ede und Unku“ der jüdischen Autorin Grete Weißkopf alias Alex Wedding, veröffentlicht 1931, einer eindrucksvollen Beschreibung der Freundschaft zwischen dem Berliner Arbeiterjungen Ede und dem Sintimädchen Unku.

Es war ein kurzer, aber steiniger Weg von der Idee zur Vollendung. Es heißt doch immer, man erinnere sich eines Menschen, solange jemand seinen Namen kenne und ihn im Gedächtnis bewahre. Darauf geht schließlich auch die Aktion Stolpersteine zurück. Wie hätte man aber für die im Lager am Holzweg Zusammengepferchten einen Ort finden können, ihnen einen solchen Stein zu setzen? Viele von ihnen waren nur zufällig in Magdeburg zu Besuch, als das Verderben begann. Ich weiß nicht, von wem die oben angeführten Worte stammen. Möglicherweise schon aus der Bibel. Davon ausgehend, war ich der naiven Überzeugung, ein Ort des Erinnerns an die Opfer der Vernichtung des Lagers Auschwitz-Birkenau werde die ungeteilte Unterstützung der entsprechenden Institutionen finden, zumal schon eine Zusage, den Entwurf betreffend und eine für finanzielle Mittel vorlag, ein einstimmiger Stadtratsbeschluss ebenfalls. Leider fehlten in diesem die Worte „im öffentlichen Interesse“. Das hatte unerwarteterweise zur Folge, dass es ausschließlich uns, dem Verband Magdeburger Stadtführer, oblag, die Genehmigungen, die Akquise finanzieller Mittel, Veröffentlichungen und andere Hürden zu bewältigen. Manchmal hätte schon ein kleiner Hinweis eine Menge zusätzliche

Arbeit erspart. Beispielsweise, dass bestimmte Zuwendungen nur möglich sind über gemeinnützige Vereine. Ein solcher ist der Stadtführerverband nicht ... Großes Entgegenkommen fanden wir bei der Fraktion DIE LINKE, den Rotariern, dem Florapark-Management, Miteinander e.V. und vielen Bürgern. Ohne die Zuwendung von Lotto-Toto hätte das Zittern um die notwendige Summe aber angedauert. Rührende und bewegende Hilfe und freudigen Einsatz gaben das Scholl-Gymnasium und das Siemens-Gymnasium, sowohl durch Kuchenbasar, Geldspende, Besuch der Werkstatt des Künstlers als auch durch die Gestaltung des Programms am Tag der Einweihung 2009, einem bitterkalten Sonntagmorgen.

Wir gedachten der drei kleinen Kinder, die in Magdeburg geboren waren, aus dem Heim in der Tismarstraße nach Schönebeck ins Katholische Waisenhaus gebracht, dort wohlbehütet und geborgen lebten, bis es einem dienstefrigen SS-Mann einfiel, ihr Zusammenleben mit „Reinrassigen“ zu beanstanden. Durch einen Sondererlass wurden sie nach Auschwitz deportiert. Dort lebten sie nur noch wenige Monate. Auch ihre Namen trägt die Stele. Diese fundierten Kenntnisse verdanken wir dem Journalisten Andreas Stein. Die größte Freude und Genugtuung empfanden wir darüber, dass neben den wichtigsten Persönlichkeiten der Stadt und des Landes und den Sponsoren auch Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma und sein engster Mitarbeiter Silvio Peritore anwesend waren.

Meiner Überzeugung nach ist es nur deswegen möglich geworden, in diesem Jahr am Holocaustgedenktag, dem 27. Januar, eine Ehrung an beiden Gedenkorten zu erreichen. Halten Sie mich für unbescheiden, wenn ich davon ausgehe, dass die Rede Romani Roses vor dem Landtag und die Eröffnung der Ausstellung im Landtag durch ihn auf seinem Besuch im Vorjahr in Magdeburg anlässlich der Einweihung der Namensstele basieren? Während Roses

Rede vor dem Hohen Haus beobachtete ich Erstaunen auf den Gesichtern etlicher Abgeordneter. Offenbar war ihnen total neu, dass es sich um eine nationale Minderheit, zumeist katholischen Glaubens handelt, so integriert, dass die Nazis Mühe hatten, sie den „Fremdstämmigen“ zuzuordnen zu können. Späte Erkenntnis: Bei meinen Vorträgen waren noch Stühle frei ... Mit Zufriedenheit vermerke ich, dass nach der Einweihung der Namensstele auch die Landeszentrale für politische Bildung und die Stiftung Gedenkstätten Interesse zeigten.

Lassen Sie mich hier Moliere zitieren: „Wir sind nicht nur verantwortlich, für das was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.“ Dank sei all denen, die unser Vorhaben von Anfang an für unterstützenswert und wichtig hielten. Herzlichen Dank insbesondere der Schirmherrin Frau Dr. Paschke, dem Landtagspräsidenten und dem Oberbürgermeister.



**Gisela Opitz** ist seit Beendigung ihrer Tätigkeit als Lehrerin für Anglistik und Amerikanistik als Stadtführerin in Magdeburg tätig.

# Hartz IV und die eigene Identität

■ Als mein Vater 50 wurde, wusste er, wo er stand. Gesellschaftlich. Beruflich. Er war seit langer Zeit in der selben Firma beschäftigt und wurde von ihr gefeiert – ob seines Geburtstages und seiner Betriebszugehörigkeit. Arrogant oder reich konnte er nicht werden, aber er wusste, wer er war und was er konnte. Das war im Jahr 1980. Wenn ich in gut fünf Jahren 50 Jahre alt werde, werde ich vermutlich keinen Platz in dieser Gesellschaft haben.

Denn ich bin Hartz-IV-Empfängerin und mir wird allenfalls ein Randplatz zuteil. Seit zehn Jahren lebe ich von der Hoffnung, dass sich etwas ändern wird, dass eine der vielen Bewerbungen mich dahin bringen wird, meine Kinder und mich selbst zu ernähren.

Aber ich bin kein Einzelfall. Neben mir hoffen über 3 Millionen Frauen – mit oder ohne Kinder – und Männer jeden Tag, dass sie nicht alt werden müssen, ohne ihre eigene Position in diesem Arbeitsleben gefunden zu haben. Sie alle wissen nicht, wo sie stehen. So etwas wusste

Am 9. Februar 2010 erklärt das Bundesverfassungsgericht die Berechnungsgrundlage der Hartz-IV-Sätze für Erwachsene und Kinder für verfassungswidrig. Seitdem betätigt sich vor allem die FDP als Einheber in einer (Schein)Debatte um angemessene Sozialleistungen. Stärkere Sanktionen bei Arbeitsverweigerung weisen laut FDP den Weg aus der Misere. Mit diesem Ablenkungsmanöver stehen die Liberalen nicht allein, Roland Koch (CDU) wiederholte zuletzt die alte Platte vom Arbeitszwang für Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen.

KLARTEXT hat Ulrike Brösner, die mit ihren zwei schulpflichtigen Kindern auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen ist, gebeten, über ihre Empfindungen zu diesen Forderungen zu schreiben.

man vor 30 Jahren. Jetzt haben wir 2010 und alle Sicherheiten haben sich aufgelöst. Eine berufliche oder gesellschaftliche Identität haben große Teile der Bevölkerung nicht mehr. Schuld daran ist ein erbarmungsloser globaler Kapitalismus. Das wissen wir Linken und geben nicht Einzelnen die Schuld dafür. Andere wissen es offenbar nicht. Sie haben an einem Punkt aufgehört zu denken. Daher sind in ihren Augen die Opfer selbst schuld und müssen nun für ihre Dummheit und Faulheit noch bestraft werden. So denken Roland Koch und Thilo Sarrazin. Wann werden solche Politiker anfangen, in Zusammenhängen zu denken und hinter die Kulissen zu schauen, wie es in einem Menschen aussieht, der jeden Tag in der Hoffnung aufsteht, dass sich etwas ändern wird? Dass er vielleicht im Briefkasten eine Einladung zu einem Vorstellungsgespräch findet statt der 300. Absage. Der aber trotzdem rund um die Uhr beschäftigt ist, weil das Jobcenter wieder irgendwelche Unterlagen sehen will, weil er sich wieder gegen irgendwelche Rückforderungen wehren muss, die er nicht verschuldet hat und weil er sich zum zehnten Mal bei derselben Firma bewerben muss, die ihn nie einstellen wird, weil er gegen die Selbstaufgabe kämpfen muss; weil er sich weiterbilden muss.

In den zehn Jahren meiner Arbeitssuche habe ich mich nicht gelangweilt. Im Gegenteil. Ich habe vielleicht mehr getan und gelernt als so mancher, der zehn Jahre auf dem selben Platz sitzt.

Ja, Arbeitslosigkeit macht kreativ, Herr Koch, ich weiß, das klingt zynisch. Jede neue Arbeit, jede Weiterbildung wird begonnen in der Hoffnung, dass diesmal etwas Langfristiges daraus wird, dass die Odyssee endlich ein Ende haben wird. Kaum jemand ist so überqualifiziert wie ein interessierter Arbeitsloser, kaum jemand hat so viele Bereiche beruflichen Lebens kennen gelernt, kaum jemand braucht so wenig eine Arbeitspflicht wie ein Mensch der schon alles getan hat, um seine Situation zu verbessern. Vielmehr sollte man darüber nachdenken, ob nicht

in dieser Arbeitsmarktpolitik auch indirekt ein Arbeitsverbot enthalten ist.

Und: Das Private ist das Politische und das Politische das Private. Das Problem der Arbeitslosigkeit macht nicht Halt vor der Wohnungstür: Es belastet Partnerschaften und Familien, es treibt einen Keil zwischen Kinder, die sich in der Schule als Außenseiter fühlen, und ihre Eltern, die den materiellen Ansprüchen ihrer Kinder nicht mehr gerecht werden können. In den Schulen wird nicht über Zusammenhänge geredet, statt dessen werden Klischees verbreitet, dass Hartz-IV-Mütter morgens lieber im Bett bleiben.

Erschreckender Weise musste ich feststellen, dass mein Sohn, der ein bekanntes Dessauer Gymnasium besucht, wenig über gesellschaftliche Zusammenhänge informiert ist. Unter Bildung wird eine Mischung aus Statussymbolen und Wohlstand verstanden, ob Geld auf seriöse Weise verdient wird, ist nicht wichtig. Hauptsache der Flachbildschirmfernseher ist vorhanden. Insoweit muss ich lobend erwähnen, wie engagiert und sozial die Lehrer auf der Sekundarschule meiner Tochter sind und dass sie ihrem Auftrag als Begleiter junger Menschen viel besser gerecht werden.

Ich habe trotz alledem meine gesellschaftlichen Aufgaben gefunden. Hartz IV wird mich nicht umbringen, im Gegenteil es macht mich stärker. Aber ich fühle, worauf einige in dieser Gesellschaft hinarbeiten. Es sollen nur noch wenige diese Gesellschaft gestalten, der Rest darf sich an der Armutsgrenze verwalten und ab und zu mit Almosen trösten lassen. Diesen kulturellen und sozialen Verfall müssen wir als Linke stoppen.



**Ulrike Brösner** ist stellvertretende Vorsitzende des Stadtverbandes DIE LINKE. Dessau-Roßlau; in der dortigen Geschäftsstelle führt sie zweimal in der Woche Hartz-IV-Beratungen durch. Die studierte Juristin ist zur Zeit in einer Weiterbildung im Pflege- und Betreuungsbereich.

# Frauen und Frieden. Frauen und Krieg.

■ Schon die Idee, zum Internationalen Frauentag einen Beitrag zum Thema Frauen & Frieden zu verfassen, ist tückisch: Noch immer denken wir in den Gegensatzpaaren Mann-Krieg und Frau-Frieden. Den Männern wird Aggressivität unterstellt, den Frauen einseitig die Opferrolle zugewiesen. Ihnen wird der Mann genommen. Ihre Söhne werden geopfert. Sie werden um Haus und Hof gebracht. Frauen werden nicht zuletzt deshalb als Opfer gesehen, weil bekannt ist, dass Frauen selbst zum Ziel besonders perfider Kriegsführung werden können. Doch auch ihre aktive Unterstützung zur Versorgung kämpfender Gruppen mit Lebensmitteln und Munition scheint sich in unsere Vorstellung vom passiven Geschlecht einzufügen, in der der physisch aggressiv auftretende Mann das aktive Geschlecht ausmacht.

Dabei treten Frauen auf ganz unterschiedliche Weise als Akteure auf: Frauen in der Bundeswehr am Hindukusch, irakische Frauen als Selbstmordattentäterinnen und Frauen im Amt der Verteidigungsministerin. Die Befreiung afghanischer Frauen wird selbst als unhinterfragter Grund für einen nicht zu gewinnenden Krieg angeführt.

Die neuere Gewaltforschung zeigt, dass die Sozialisation von Jungen und Mädchen einen erheblichen Einfluss auf ihre Gewaltbereitschaft hat. Entscheidend scheint dabei unsere Erwartungshaltung

und Reaktion auf gewalttätiges Verhalten von Mädchen und Jungen zu sein. Während es bei Jungen als akzeptabel erscheint und aggressive Durchsetzungskraft sogar positiv bewertet wird, sehen Mädchen sich der Erwartung gegenüber, ein friedliches Auftreten an den Tag zu legen. Ihre Bereitschaft zu physischer Gewaltausübung wird eher noch sanktioniert. Fördern wir mit unseren Erwartungen dadurch nicht eine einseitige geschlechtsspezifische Rollenverteilung?

Das Stereotyp des aggressiven kriegerischen Mannes und die Vorstellung, dass ausschließlich Männer eine Tendenz zur Gewalt hegen, überdeckt geschickt, welche aktive Rolle Frauen in gewaltsamen Konflikten spielen können. Solange wir Frauen nicht auch als Kriegsakteure wahrnehmen, verengen wir zugleich unser eigenes Blickfeld. Immerhin wird der Anteil von Kämpferinnen in kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem afrikanischen Kontinent beispielsweise auf bis zu 30 Prozent geschätzt. Wie sollen Konflikte erklärt und Konzepte der Befriedung erarbeitet werden, wenn die Akteursrolle der Frau völlig unterbelichtet bleibt. Wir müssen uns darüber klar sein, dass diese Beschränkung des eigenen Sichtfeldes letztendlich patriarchalische Werte und Vorstellungen unterstützt und reproduziert.

Doch selbst in der Friedensforschung und ihren Arbeitsfeldern blieb die Perspektive

auf die Geschlechterrollen (gender) bisher weitgehend unbeachtet. Auch in den vielfältigen Ansätzen der zivilen Konfliktbearbeitung drängen sich oftmals Männerwelten in den Vordergrund: Entwaffnung von Männern, Einrichtung von zivilgesellschaftlichen und politischen Strukturen nach dem Muster männlicher Dominanz, Arbeitsplätze für Männer, insbesondere für Kombattanten. In dem maßgeblich auch von Frauen besetzten Arbeits- und Forschungsfeld in der Bundesrepublik, irritiert es, dass die Genderperspektive bisher keine reflektierte und erkennbare Rolle spielt.

Begreifen wir Frauen zunehmend als Akteure im Krieg, wird die friedensstiftende Dimension ihrer gleichberechtigten Teilhabe, Gender-Mainstreaming genannt, deutlich. Denn erst wenn wir Frauen auch als Kriegsakteure verstehen, werden wir darüber nachdenken, sie aktiv am Prozess der Befriedung zu beteiligen. Tatsächlich partizipierten Frauen jedoch bisher nur sehr wenig an Friedensverhandlungen.

Die Partei DIE LINKE weist den Krieg als Mittel der Politik von sich und setzt in Afghanistan auf den schnellstmöglichen Abzug deutscher Truppen. Um den Krieg als gesellschaftliches Phänomen zu überwinden, sollten wir jedoch auch unsere eigene Akzeptanz gegenüber Gewalt ausübenden Jungen hinterfragen und sie nicht länger als Akt von männlicher Stärke und Durchsetzungskraft begrüßen.



**Therese Wenzel** studiert Friedens- und Konfliktforschung an der OvGU-Universität in Magdeburg, seit 2009 ist sie Landessprecherin der linksjugend [’solid].

## Ostermarsch 2010

Unter dem Motto „Fantasie für Frieden! Kein Krieg – nirgends!“ organisieren Akteure aus der Bürgerinitiative OFFENE HEIDE, aus Gewerkschaften, Parteien, Kirchen und anderen Organisationen den diesjährigen Ostermarsch am Montag, dem 5. April 2010, in Gardelegen. Um 11 Uhr beginnt der Marsch am Tivoliplatz, nach einem Gedenken an der Feldscheune Isenschibbe – in der vor fast 65 Jahren 1016 KZ-Häftlinge er-

mordet wurden –, führt der Ostermarsch zum Rathausplatz. Zur dort stattfindenden Kundgebung haben sich als Redner/innen Prof. Heinrich Fink (VVN-BdA), Therese Wenzel (linksjugend [’solid]) und Heinz Ratz von der Band „Wasser und Strom“ angesagt. Die Band wird mit ihrem Open-Air-Konzert die Kundgebung mitgestalten.

Auf dem Rathausplatz findet der traditionelle „Markt der Möglichkeiten“ statt, er wird die Vielfalt einer zivilen

Gestaltung der Colbitz-Letzlinger Heide vorstellen und will zeigen, dass ein Wirtschaften auf gerechte Weise ohne Umweltzerstörung und Militär möglich ist.

Neben dem ÖPNV wird es eine Radtour von Magdeburg, Alter Markt, Startzeit 6.15 Uhr, und ab Bahnhof Haldensleben, 8.30 Uhr, geben. Weiterhin gibt es Auto-korsos von Magdeburg, ab Domplatz 9.30 Uhr, und Stendal, Markt 10.00 Uhr.

[www.ostermarsch-sachsen-anhalt.de](http://www.ostermarsch-sachsen-anhalt.de)

# Die falsche Ergänzung des Falschen

Die Ergebnisse der jüngsten internationalen Afghanistankonferenz in London werden von den Regierenden zwar als neue Strategie ausgegeben, doch erstens gibt es keine neue Strategie, zweitens kann es sie auch nicht geben, da es keine alte, sondern ein konzeptionsloses und konkurrierendes Durcheinander unterschiedlicher Ziele und Mittel gegeben hat. Die Londoner Konferenz war im Kern das Eingeständnis der Niederlage des Westens und seiner Unfähigkeit zu gemeinsamer Politik, bemäntelt durch die Fortsetzung verlogener Argumentationen und der Selbstbelugung.

Die Intervention 2001 wurde mit den grausamen Anschlägen vom 11. September begründet, doch für die USA ging es von Anfang an vor allem um die Herrschaft über das strategisch äußerst wichtige Land. Es sollte ein entscheidender Bestandteil für die militärische Einkreisung Russlands und Chinas und die Dominanz über die ganze Region mit den weiteren Atommächten Indien und Pakistan, den Erdöl- und Erdgasressourcen im Mittleren Osten und in Zentralasien sowie der Drohung gegen regionale machtpolitische Konkurrenten, nicht zuletzt den Iran, sein. Bei meinem ersten Besuch als Berichterstatter des Europäischen Parlaments für Afghanistan zeigte mir der damalige Oberbefehlshaber der US-Truppen eine als „klassifiziert“ (geheim) gekennzeichnete Powerpointpräsentation. Der letzte Satz lautete unmissverständlich: „Ziel der USA ist die Einsetzung einer afghanischen Regierung, die jederzeit die US-Truppen wieder ins Land holt, wenn die USA es für notwendig halten.“ Schröders Parole von der „bedingungslosen Solidarität“ mit den USA, unterstützt von Grünen, CDU/CSU und FDP, hat sich als eine, auch gegenüber den USA, verantwortungslose Politik erwiesen.

Mag sein, dass einige westliche Politiker auch den eigenen Bekundungen auf der Petersberger Konferenz bei Bonn glaubten, es gehe um Demokratie, Menschenrechte und Freiheit in Afghanistan. Solche von

vorherin völlig illusionären Ziele trugen jedoch ebenfalls dazu bei, das Land in die Fortsetzung seiner jahrzehntelangen Tragödie zu stürzen. Mit der Hofierung der Warlords der Nordallianz, die den USA die Bodenoffensive abnahmen, hat die Petersberger Konferenz ohnehin sofort eine der Ursachen für die weitere Destabilisierung Afghanistans geschaffen und den Anspruch auf Demokratie und Menschenrechte wesentlich in Frage gestellt. Viele von ihnen sind überführte Kriegsverbrecher und haben ähnliche Verbrechen wie die Taliban begangen.

Der US-geführte Krieg erweist sich immer mehr als Quelle für die Renaissance des Einflusses der Taliban in der afghanischen Bevölkerung. Unter solchen Bedingungen bedeuten die Verstärkung der militärischen Kräfte ebenso wie die erweiterten Mittel für den Aufbau der afghanischen Armee und Polizei und das Aussteigerprogramm für „gemäßigte“ Taliban nur weiteren Zulauf, weitere Möglichkeiten für die aufständischen Taliban, die Streitkräfte Hekmatyars (die in der westlichen Berichterstattung fast immer verschwiegen werden), und die Milizen der in den Provinzen und Regionen herrschenden Warlords. Die zunehmenden Anschläge in den Hochsicherheitszonen Kabuls zeigen im übrigen nicht primär die neue Stärke der Taliban, sondern die Unterwanderung und Korruption der Kabuler Führung und ihre Machtkämpfe untereinander. In unseren Medien werden ja nur die großen Anschläge, insbesondere gegen die Invasionsstreitkräfte oder in Kabul gemeldet. Die tägliche Zerstörung von LKWs, die Morde an Lehrern, die Zerstörung von Schulen, Brücken, Straßen findet in ihnen nicht statt, auch kaum das Alltagsleben der Afghaninnen und Afghanen.

Die linke, von der PDS schon 2001 erhobene Forderung, „Raus aus Afghanistan!“ ist berechtigt. Die Niederlage des Westens muss endlich eingestanden werden und zu dieser Konsequenz führen. Ausreichend ist sie jedoch nicht. Wer in der Linken erklärt,

wir hätten keine Verantwortung für eine Alternative, für eine Exit-Strategie, missachtet Vieles: Erstens die Tatsache, dass Afghanistan durch ein „linkes“ Projekt, die sowjetische Politik einer künstlichen und erzwungenen Modernisierung des Landes und insbesondere durch die sinnlose und rechtswidrige Invasion der Roten Armee in den nun schon mehr als drei Jahrzehnte anhaltenden Krieg und Bürgerkrieg mit Millionen Toten und umfassenden gesellschaftlichen Verwüstungen gestürzt wurde. Zumindest SED und DKP haben diese Aggression verteidigt. Zweitens hat die gesamte Linke (wie nahezu die ganze Öffentlichkeit) gleichgültig den grauenhaften Bürgerkrieg nach der sowjetischen Niederlage hingenommen. Nichts, aber auch gar nichts, war da von der linken Antikriegshaltung zu spüren. Drittens hat das afghanische Volk, das durch äußere Mächte, vor allem die UdSSR einerseits, die USA, Großbritannien, Pakistan, den Iran, Saudi Arabien andererseits, die die Warlords und letzten Endes auch die Taliban aufrüsteten, ein Recht, dass die internationale Gemeinschaft beiträgt, seine grausame Tragödie zu überwinden. Afghanistan darf nicht länger Spielball fremder und imperialer Interessen sein. Es muss selbst und unabhängig über seine Entwicklung entscheiden können. Ziel kann nicht mehr als eine gewisse Stabilisierung des Landes sein und ihm die Milliarden-Mittel für einen eigenständigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Wiederaufbau zur Verfügung zu stellen. Auch die Wirtschafts- und Finanzkrise darf kein Vorwand sein, das nicht zu tun. Dafür wäre eine Strategie zu entwickeln, die ihren Namen auch als neue Strategie verdienen würde.

Ende Januar stellte Angela Merkel die neue Afghanistanstrategie der Bundesregierung vor. Die Konsequenz aus „kriegsähnlichen Zuständen“ (zu Guttenberg) ist die Aufstockung des Truppenkontingents um bis zu 850 Soldatinnen und Soldaten. Am 21. Februar – vor der kommenden Abstimmung über die Truppenverstärkung im Bundestag – demonstrierten hingegen über 2.000 Menschen in Berlin für einen schnellen Abzug.

**André Brie**, der die Region und andere Krisengebiete vielfach bereiste, kommentiert die aktuelle Entwicklung für den KLARTEXT. Brie war von 1999 bis 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments.

# Gewalt beim Fußball gehört ins Abseits

■ Zumindest die Fußballfans werden mir zustimmen, wenn ich an dieser Stelle die Behauptung aufstelle, dass der Fußball die beliebteste Sportart in unserem Land ist. Und ich übertreibe sicherlich auch nicht, wenn ich sage, dass der Fußball eindeutig der weltweit populärste Zuschauersport ist. Wie nur wenige andere Disziplinen gehört er damit in fast allen Teilen der Welt zu den absolut attraktivsten und meist besuchten Sportarten.

Neben dem sportlichen Aspekt spielen dabei das Zusammengehörigkeitsgefühl, das Vereinsleben und das Zugehörigkeitsgefühl zu einem ganz bestimmten Verein oft über Generationen hinweg eine nicht zu unterschätzende Rolle. Um hier einmal eine Dimension und das Ausmaß darzustellen: In Sachsen-Anhalt finden pro Wo-

1. FCM und des HFC in Halle am 26. September 2009 ihren traurigen „Höhepunkt“ erreicht haben. Gewaltbereite Jugendliche, bei denen man nicht von Fans sprechen kann, hatten sich gezielt vorbereitet, um skrupellos gegen Polizeibeamte und -beamtinnen vorzugehen. 14 Polizisten wurden dabei verletzt – eine Eskalation der Gewalt, die entschieden von uns verurteilt wird.

Infolge dieser Ereignisse haben die Mitglieder des Innenausschusses unserer Fraktion unverzüglich einen Selbstbefassungsantrag zum Thema gestellt, um das Ministerium des Innern aufzufordern, über diesen Sachverhalt zu informieren und zum Geschehen vollständig Aufklärung zu geben. Das Ergebnis dieser Beratung war, dass sich der Innenausschuss auf eine öffentliche Anhörung verständigte. Im parlamen-



che 3.500 Fußballspiele in 843 Vereinen statt; angefangen im Nachwuchsbereich bis hin zur (leider momentan nur) Regionalliga. Überwiegend werden diese Vereine ehrenamtlich, mit einem enormen Arbeits- und Zeitaufwand für Trainer und Betreuer, geleitet, welcher gar nicht hoch genug geschätzt werden kann. Und dann gibt es die Fans, die mit ihren ideenreichen Choreografien, Spruchbändern und Liedern für die eigentliche Stimmung im Stadion sorgen, die damit zeigen, dass der Fußball lebt. Wer diese Atmosphäre, dieses „Gänsehaut-Feeling“ persönlich erlebt hat, spürt, wie wichtig vielen der Fußball ist.

Aber leider gibt es auch eine Kehrseite: Randalen, Drohungen, Gewaltstraftaten, rechtsextremistische und ausländerfeindliche Schmährufe von „Fans“, die in der Auseinandersetzung nach einem Spiel des

tarischen Verfahren ein eher ungewöhnlicher Weg, da die Möglichkeit einer Anhörung ansonsten nur bei eingebrachten Gesetzentwürfen üblich ist. Eingeladen wurden der Innenminister, die Polizeipräsidenten, die Polizeigewerkschaften, die Bundespolizei, die Präsidenten der beiden Fußballclubs, die Sicherheitsbeauftragten, der Präsident des Fußballverbandes Sachsen-Anhalt, Leiter der Ordnungsämter von Halle und Magdeburg, die Fanbeauftragten und Vertreter der Fanprojekte auf Landes- und Bundesebene. Es folgte eine fünfstündige angeregte Diskussion im Ausschuss, die gekennzeichnet war von gegenseitigem Respekt und Achtung.

Ziel war es auch, darüber zu reden, worin die Ursachen für diese Gewalt liegen. Abschließend konnte diese Frage natürlich nicht beantwortet werden, aber es gab

erste Anregungen, Ideen und konzeptionelle Vorstellungen. Als ein Aspekt wurde auch benannt, dass viele Fans über die zunehmende Kommerzialisierung des Fußballs frustriert sind. Die TV-Vermarktung, die VIP-Logen, die Bandenwerbung scheinen wichtiger zu sein als der Fan, der dem Spiel die Emotionen und Lebendigkeit gibt.

Das darf aber nicht zu einer Verharmlosung oder Tolerierung der Gewalt führen. Die Ächtung und „Nulltoleranz“ von Straftaten – und die beginnen schon beim Entwenden von Schals oder Fahnen bzw. beim Angreifen anderer Fangruppen, muss bereits aus den Fangruppen heraus passieren; aber leider machen viel zu viele mit oder schauen einfach weg. Da müssen dann in letzter Konsequenz auch Stadionverbote ausgesprochen sowie Ermittlungsverfahren eingeleitet werden und Verurteilungen erfolgen. Übereinstimmend wurde aber von allen festgestellt, dass enge Kontakte zwischen Polizei, Justizbehörden, Sicherheitsbeauftragten, Vereinsverantwortlichen und Fanbeauftragten erste Erfolge bringen können, wie zum Beispiel in Magdeburg bereits spürbar. Beispiele in anderen Ländern haben u.a. gezeigt, dass der Verzicht auf Polizeipräsenz im Stadion deeskalierend wirkte, ebenso der Versuch, den Fans die Verantwortung für den Reisezug zum und vom Fußballspiel zu überlassen. Überrascht zeigten sich alle darüber, wie problemlos das funktionierte und wie sauber der Zug wieder übergeben wurde.

Ich gebe gerne zu, das sind alles erst kleine Anfänge, die uns aber dazu bringen werden, weg zu kommen von dem ständigen Ruf nach härteren Strafen oder, was ich für völlig verfehlt halte, die Forderung eines Vertreters der CDU-Fraktion nach Einsatz von Gummigeschossen gegen Fußballfans. Das letzte, was in dieser Situation benötigt wird, ist Aufrüstung. Fußball soll denen, die sich dafür begeistern, Spaß bereiten, frei von Angst vor Randalen und Gewalt. Um das zu gewährleisten, müssen sich alle ihrer Verantwortung bewusst sein. Die Anhörung war dazu ein erster Schritt, zwar ein kleiner, aber ein sehr wichtiger in die richtige Richtung.



**Gudrun Tiedge**

ist die rechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in Sachsen-Anhalt.

# Frauen ganz links

„Frauen ganz links – Ein Ostertermin der Bundestagsfraktion DIE LINKE“ war der Titel der Veranstaltung, die bereits vor ihrem eigentlichen Stattfinden viel Aufmerksamkeit erregte. Aufmerksamkeit, die Roland Claus – Bundestagsabgeordneter und Beauftragter der Fraktion DIE LINKE für die Angelegenheiten der Neuen Bundesländer – nur recht sein konnte. Seit vier Jahren organisiert und moderiert er die Veranstaltungsreihe Ostertermin und lädt dazu in unregelmäßigen Abständen Persönlichkeiten aus Ost und West ein, um über die Wende, das Davor und das Danach, über den Stand der Einheit und die Zukunft ins Gespräch zu kommen.

## Solidarität gegen Rechts!

Am 7. November 2009 marschierten in Halle-Neustadt ca. 320 Neonazis. Ein Mitarbeiter des Vereins Miteinander berichtete und kommentierte den Verlauf des Tages im lokalen Radio. In der Nacht zum 9. November brannte sein Privatfahrzeug vollständig aus. Die polizeitechnische Untersuchung hat mittlerweile ein technisches Versagen als Ursache ausgeschlossen. In den vergangenen Monaten kam es wiederholt zu Drohungen, Hetze und Gewaltaufrufen im Internet gegen MitarbeiterInnen des Miteinander e.V. Neben den notwendigen Anwaltskosten klafft zusätzlich bis heute eine erhebliche Differenz zwischen dem durch die Versicherung erstatteten Zeitwert und dem Preis einer PKW-Neuanschaffung für den vom Brandanschlag Betroffenen. Miteinander und die Mobile Opferberatung bitten daher um Spenden. Der KLARTEXT bittet GenossInnen und LeserInnen um Solidarität gegen rechts!

Spenden bitte unter dem Stichwort „Folgen Brandanschlag“ an:

**Miteinander e. V.**  
**Bank für Sozialwirtschaft**  
**Kontonummer: 53 53 53**  
**BLZ: 810 205 00**

Am 3. Februar betraten mit Andrea Ypsilanti und Sahra Wagenknecht zwei Frauen die Bühne, die aus unterschiedlichen Gründen das Interesse von Medien und Publikum weckten. Nur drei Tage zuvor hatten Andrea Ypsilanti, Katja Kipping, Sven Giegold und andere die Gründung einer „neuen linken Denkfabrik“ verkündet und das Institut Solidarische Moderne aus der Taufe gehoben. So berichteten beispielsweise „Die Welt“ und die „Frankfurter Rundschau“ vor allem mit Bezug darauf über das bevorstehende Zusammentreffen beider Frauen, die auf den ersten Blick nicht ganz zusammen passen wollen. Zwar gelten beide in ihren Parteien als Parteilinke. Doch verweist diese Gemeinsamkeit zugleich auf wesentliche Unterschiede: Während in der SPD der Versuch Andrea Ypsilantis, in Hessen eine rot-grüne Regierung mit Tolerierung der LINKEN zu wagen, als besonders links gilt, wird Sahra Wagenknecht in der öffentlichen Wahrnehmung vor allem deshalb als Parteilinke verortet, weil sie Regierungsbeteiligungen der LINKEN eher skeptisch gegenüber steht und als Sprachrohr der Kommunistischen Plattform gilt. Frauen ganz links also.

Etwa 450 Interessierte fanden den Weg in das hallesche Steintor-Varieté, der Saal war also gut gefüllt. Erfreulicherweise wurde die für Hallenser durchaus zu erahnende und bei solchen Veranstaltungen nicht überraschende Zweiteilung des Saals in SPD- und LINKE-Anhänger in drei entscheidenden Momenten gebrochen. Zum einen folgten viele Bürgerinnen und Bürger der Einladung zum Ostertermin, die keiner der beiden Gruppen zugeordnet werden konnten. Zum anderen spielte die Nähe zu einer von beiden Parteien in der inhaltlichen Debatte kaum eine Rolle – in Sachfragen reagierte das Publikum sachlich. So erntete Andrea Ypsilanti über die Grenzen der Parteipräferenz hinweg großen Applaus für die Forderung, Bildung endlich als Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge zu begreifen.

Freilich blieb die Veranstaltung nicht frei von Werbeblöcken. Natürlich plädierte

Sahra Wagenknecht für eine starke LINKE im Landtag von Nordrhein-Westfalen und forderte die SPD zur Besinnung auf: „Will die SPD eine Partei sein, die für soziale Politik steht, oder die, zu der sie Gerhard Schröder gemacht hat?“ rief sie mehr dem Publikum als ihrer Gesprächspartnerin zu, die das im Übrigen gar nicht anders sah. Und natürlich hielt sie alle Optionen, auch und gerade die der Oppositionsrolle, für die LINKE in NRW für sinnvoll und die Angebote der LINKEN personell wie inhaltlich überzeugend. Selbstverständlich warb Andrea Ypsilanti für ihr Institut Solidarische Moderne, für die Wahl von Hannelore Kraft und wagte die Hoffnung, es könnte auch für Rot-Grün ohne eine Beteiligung der LINKEN reichen.

Doch weder Andrea Ypsilanti noch Sahra Wagenknecht ergingen sich in Besserwissererei und kleinlichem Parteiengezänk. Immer wieder hörten sie einander zu, gingen auf das Gesagte ein und bezogen sich aufeinander. Auch wenn Andrea Ypsilanti sagt „Jeden Traum von Sahra Wagenknecht teile ich nicht, auch nicht den von der Verstaatlichung der Banken“, so stellt sie doch die gleichen Fragen: Wie kann es sein, dass für Bildung jahrelang kein Geld da war, für die Rettung der Banken aber schon? Wie kann es sein, dass Bürgschaften und Finanzhilfen vergeben wurden, ohne sie an Bedingungen zu knüpfen? Zuweilen finden sie sogar die gleichen Antworten. Beide plädieren für Börsenumsatz-, Vermögens- und Milliardärsteuer, beide wollen die öffentliche Daseinsvorsorge, also Bildung, Gesundheit, Soziales, Energie, in staatlicher Hand wissen, beide hegen große Zweifel gegenüber einem bedingungslosen Grundeinkommen.

Andrea Ypsilanti und Sahra Wagenknecht gehören aus guten Gründen zwei in Konkurrenz stehenden Parteien mit unterschiedlichen Positionen an. Aber sie haben an diesem Abend eine entscheidende Gemeinsamkeit gezeigt: Die Fähigkeit und den Willen zum Dialog. Auch ohne Weiblichkeit per se als Überlegenheit zu begreifen, drängt sich eine Frage auf: Hätten zwei männliche Diskutanten das auch gekonnt?



**Henriette Quade**

ist stellvertretende Landesvorsitzende der LINKEN in Sachsen-Anhalt.

# Berufsbildung 2015

Berufswahl oder Berufsqual? Damit beschäftigten sich die Teilnehmer des Workshops „Berufsbildung 2015 – Möglichkeiten und Chancen für das Land Sachsen-Anhalt“ der Fraktion DIE LINKE am 21. November 2009. Eingeladen hatte Hans-Joachim Mewes, Sprecher für die Berufsausbildung in der Landtagsfraktion.

„Eine gute Schulbildung, eine qualifizierte Berufsausbildung sowie eine weitgehend freie Berufswahl sind wesentliche Voraussetzungen für die Verwirklichung eines selbstbestimmten Lebens von jungen Menschen“ betonte Hans-Joachim Mewes in seiner Eröffnungsrede. Und er

machte deutlich, dass benachteiligte Jugendliche in diesem Prozess besondere Aufmerksamkeit verdienen: „Wir können es nicht hinnehmen, dass nach wie vor einer erheblichen Zahl von benachteiligten Jugendlichen der Weg in eine gute Ausbildung verschlossen bleibt.“

Lernens führe langfristig zu Erfolgen. „Die Hinarbeitung auf den Hauptschulabschluss führt in eine Sackgasse, da sie von vornherein den Schülern einen weitgehend selbstbestimmten Lebensweg verbaut“, argumentierte Hein. Nur eine geringe Anzahl von Lehrberufen ist mit dem Hauptschulabschluss erlernbar.



Hans-Joachim Mewes

Gemeinsam suchten Politiker mit Berufsschullehrern, Direktoren und Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes nach Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft der Berufsschulen und ihrer (zukünftigen) Schüler. Besonders Haupt- und Sonderschüler haben nach dem Schulabschluss keine Wahlmöglichkeiten, da ihr Abschluss von der Gesellschaft als generell minderwertig betrachtet wird und so müssen sie nicht selten „das nehmen, was übrig ist“, so die überwiegende Meinung der Teilnehmer.

„Hier liegt ein Hauptproblem des deutschen Schulsystems“, so Rosemarie Hein, MdB, DIE LINKE, „da man heute lediglich die Symptome zu lindern versucht, jedoch an den Ursachen nicht arbeitet.“ Nur die Abschaffung der Sonderschulen und die Einführung des längeren gemeinsamen

„Uns geht es nicht um die Passfähigkeit der jungen Menschen, sondern es geht darum, ihren Lebensplan zu ermöglichen“, so Matthias Höhn, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE in Sachsen-Anhalt. Damit verbunden ist auch die erschreckend hohe Zahl an jungen Menschen, die sich der Situation nicht gewachsen fühlt und angesichts des Drucks vermehrt an Depressionen und Selbstzweifeln leidet. Schüler seien in der Entwicklung eines positiven Selbstkonzeptes zu unterstützen und nicht von vornherein als Hauptschüler „abzustempeln“. In diesem Punkt tragen sowohl Politik als auch Schulen und Betriebe eine außerordentliche Verantwortung.

Nach einer sehr konstruktiven Diskussion waren sich alle Teilnehmer einig, dass die Aufgaben nur gemeinsam zu lösen sind, wie z.B., dass das Bildungsniveau allgemein angehoben werden müsse. Dies ist nur zu erreichen, wenn man Schüler frühzeitig fördere und ihnen Perspektiven biete. Hierfür, so die einstimmige Meinung, sind gute Rahmenbedingungen zu schaffen, dazu gehöre nicht nur eine Regelung über die Rückerstattung der Fahrtkosten sondern auch eine ausreichende Lehrerzahl. Dass durch die sinkenden Schülerzahlen auch weniger Lehrer benötigt werden, sei nämlich ein Trugschluss.

**Elisabeth Simon** und **Cynthia Kundt** waren Teilnehmerinnen der Veranstaltung. Beide studieren an der OVG-Universität Magdeburg.



# Freiheit des Denkens

Der Bildungstag im Gedenkjahr 2009

„Die Konterrevolution sah anders aus, als von den SED-Strategen angekündigt.“ Die Einsatzkräfte, die die Stasi-Zentralen, ob in Leipzig oder anderen Städten, schützen sollten, standen nicht den Agenten des feindlichen Westens gegenüber, sondern ihren Geschwistern, Kindern, Freunden und Nachbarn.

Nicht persönliche „Heldengeschichten“ erklären den Herbst 1989, sondern die strukturelle Delegitimierung der DDR von innen heraus muss als Thema diskutiert werden, will man sich der friedlichen Revolution analytisch nähern. Dieses Bild zeichnete David Begrich im Dezember des letzten Jahres beim Bildungstag in Bernburg, den er bei einer Podiumsdiskussion gemeinsam mit Roland Claus, Manfred Sohn und Birke Bull bestritt. Unter dem Titel „Perspektivwechsel 1989 – Der Außerordentliche Parteitag der SED/PDS“ hatte DIE LINKE. Sachsen-Anhalt eingeladen, um einen eigenen Akzent im so genannten Supergedenkjahr 2009 zu setzen.

Die Wendeereignisse im Herbst vor 20 Jahren erzählen sich für die SED und ihre Mitglieder aus fundamental anderer Perspektive als für die damaligen Demonstranten. Bis heute gibt es wenig Verständnis und Verständigung über die jeweiligen Motive und deren Reflexionen. Aus den Parteien PDS und DIE LINKE ist nicht selten die Klage zu hören, sich in den medialen Erinnerungstücken und offiziellen Gedenkfeiern nicht hinreichend wiederzufinden. Eine angemessene Reaktion darauf ist durch verschiedene Dinge erschwert. Es ist zum einen nicht klar, welche Sichtweisen und Erkenntnisse ei-

gentlich unterrepräsentiert sind. Zum anderen reagieren Bürgerrechtsbewegte und deren Umfeld auf das Bedürfnis nach Darstellung von Handlungsweisen, die Heiner Müller als das „Auf-die-Uhren-Schießen“ statt auf das Agieren mit der Zeit umschrieben hat, verständnislos bis ablehnend. Und gleichzeitig wirkt die gedenkpolitische Zwecksetzung in der heutigen Bundesrepublik, die 1989 allein als Auftakt zur Wiedervereinigung deuten kann, einer differenzierten Analyse – wobei das Wort „Reformen“ ein trefflicher Ausgangspunkt der Betrachtung wäre – per se entgegen.

Der Außerordentliche Parteitag der SED an den zwei ersten Wochenenden im Dezember 1989 gehörte zweifelsohne zu den Daten des Wendeherbstes, welche im Allgemeinen wenig bedacht und erinnert wurden. Der Rückblick auf ihn ermöglicht – unter Verweis auf die Rede Michael Schumanns –, an den Kontext des antistalinistischen Gründungskonsequenzen der PDS zu erinnern. Eine nähere Beschäftigung mit den Dokumenten, dem Zustandekommen und Ablauf des Außerordentlichen Parteitages zeigt viel über die Krisenbewältigungsstrategien der SED. Bereits seine Durchsetzung als beschlussfassendes Organ war Ausdruck der Reformbestrebungen innerhalb der SED, die nur in einem personellen, politisch-ideologischen und staatsrechtlichen Neuaufbruch eine Chance auf Erhalt einer sozialistischen Partei und damit auch der DDR sahen. Dieses Moment, mit der Reformbewegung den politischen Machterhalt als höchstes Ziel zu verknüpfen, trennte die SED am markantesten von der Opposition.

Diese unterschiedlichen Lagen, Machterhalt vs. Ablehnung von Macht, Strategie vs. Verständigung als Suchbewegung, benannte Rainer Land (Thüneninstitut) in seinem Eröffnungsvortrag „Reformdiskurse innerhalb der SED“. Die Polarität der „Codes“ der SED-Reformern – die es als

Think Tanks an den Wissenschaftseinrichtungen der DDR oder unter kritischen Intellektuellen und Künstlern durchaus gab – und der Bürgerbewegung, verstärkt durch beiderseitiges großes Misstrauen, machte den Verständigungsprozess über eine andere DDR zwischen den Akteuren unmöglich.

Für David Begrich fehlte in dieser Skizze der wesentliche Umstand, dass SED-Reformer und Bürgerbewegte auch unter gänzlich anderen Bedingungen – bereits das Wort „Arbeitsbedingungen“ wäre ein Euphemismus für die oppositionellen Gruppen – agieren mussten. Begrich, aus einer bekannten Kirchenfamilie, schilderte denn auch die Verhaftung und Verhöre seiner Jugendgruppe in Potsdam – mit der redundanten Frage nach den westlichen Hintermännern – als eine prägende Erinnerung des Herbstes 1989. Manfred Sohn, damals Mitglied der DKP in Hannover, kannte Polizeirepression mindestens ebenso gut, nur aus gänzlich anderer Perspektive der ideologischen Fundamentalopposition innerhalb der BRD, für die er auch ein Berufsverbot und das Scheitern einer wissenschaftlichen Karriere in Kauf nehmen musste. Der heutige Fraktionsvorsitzende der LINKEN im niedersächsischen Landtag hatte bereits vor der Maueröffnung Gelegenheit, das Scheitern eines undemokratischen Sozialismus zumindest zu ahnen. Ausgerechnet ein freigekaufter DDR-Flüchtling wird in den 1980er-Jahren ein WG-Mitbewohner von Sohn. Die leidenschaftlichen Streitgespräche zwischen den beiden verliefen fast bis an die Grenze körperlicher Auseinandersetzung.

Über die unterschiedlichen Perspektiven in das Gespräch zu kommen, um das politische Engagement 1989 zu begreifen, ist eine Anstrengung. Die Bereitschaft sich zuzuhören, ist auch 20 Jahre nach der Wende besser in einem moderierten – in Bernburg durch Birke Bull behutsam angegangen – und vertrauensvollen Prozess zu bewerkstelligen. Nimmt man allein die strategischen Papiere zur kulturellen Öffnung der LINKEN ernst, muss man diese Bereitschaft zeigen. Nimmt man 1989 – trotz vielerlei Unfertigen – als Gewinn wahr, gilt dies ebenso. Roland Claus, damals 1. Sekretär der Bezirksleitung Halle, hat dies mit seinem Fazit beim Bildungstag getan: Für ihn bedeute 1989 das Ende autoritärer Begrenzung des Denkens.

| Anke Lohmann



L. Hornbogen, D. Nakath und G. Stephan: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, m. CD-Audio, Dietzverlag, Berlin 1999.

# „Demokratie im eisernen Käfig“<sup>1</sup>

Fortsetzung von

„Chile 1989 – Rückkehr zur Demokratie?“ aus *klartext* 4.2009

■ Gerade hat in Chile erstmals seit demokratischen Wahlen – nach der Diktatur unter Pinochet – ein Kandidat der politischen Rechten die Präsidentschaftswahl gewonnen. Sein Pendant, Hernán Büchi, hatte vor nahezu genau 20 Jahren als Kandidat, der dem autoritären Regime nahe stand, keine Chance. Trotz des nach wie vor gewaltigen Drohpotenzials der Militärs entschied sich das Volk für den Kandidaten der Opposition, denn in seiner Mehrheit wollte es 1990 für Chile den Weg zur Demokratie.

Da die Rückkehr zur Demokratie durch das Militärregime selbst eingeleitet wurde, bestimmte dieses auch den Charakter des Weges. Bevor der Gewinner der Wahlen, der Kandidat der Concertación, Patricio Aylwin, im März 1990 als Präsident vereidigt wurde, gelang es dem Regime noch, mit der im Juli 1989 durch Plebiszit bestätigten Verfassung und den darin enthaltenen so genannten autoritären Enklaven, der Demokratie ein schweres Erbe aus Diktaturzeiten mit auf den Weg zu geben. Dieser Terminus bezeichnet Mechanismen, die die Handlungsspielräume der demokratischen Regierung einengten. Dazu gehörten das Amnestiegesetz, die weitgehende Autonomie der Streitkräfte, ernannte Senatoren, das binominale Wahlsystem und nicht zuletzt eine Justiz, die ungewünschte demokratische Veränderungen und eine Ahndung der begangenen Menschenrechtsverletzungen maßgeblich ver- bzw. behinderte. Hinzu kam, dass die künstlichen Mehrheitsverhältnisse in Parlament und Senat die Concertación zwangen, mit der Rechten permanent Kompromisse zu schließen. Für viele Chilenen bedeuteten gerade die ersten Jahre des Übergangs eine Art Tauschhandel: politische Stabilität gegen das Schweigen über den Terror Pinochets. Denn Pinochet, der noch immer Oberbefehlshaber der Streitkräfte war, machte während all dieser Jahre deutlich, dass nicht demokratische, sondern seine eigenen Vorstel-

lungen maßgebend für die Verfassungswirklichkeit des postautoritären Chiles waren. Überschritt Kritik am General die von ihm gesetzten Grenzen, inszenierte die Armee unter seinem Kommando Drohgebärden, die prompt Wirkung zeigten.

Mit Beginn des Jahres 1998 waren auf verschiedenen Ebenen wichtige Grundlagen des Übergangspaktes zwischen den ehemaligen Lagern des autoritären Regimes und der chilenischen Opposition stärker als in den Jahren zuvor in Frage gestellt worden. Als Pinochet in diesem Jahr als Oberbefehlshaber der Streitkräfte zurücktrat und wie vorgesehen seinen Amtsantritt als Senator auf Lebenszeit vollziehen wollte, war dieser Schritt durch parlamentarische Initiativen schwieriger als gedacht. Die Amtseinführung verzögerte sich um zwei Monate und dann wurde diese durch lautstarke Proteste im Senat selbst begleitet. Auch im Umgang der Justiz mit Anklagen gegen begangene Verbrechen zu Zeiten der Diktatur wurde ein Wandel deutlich. Besonders die Feststellung des Obersten Gerichtes in dem Fall des verschwundenen Pedro Enrique Poblete, dass dieses Verbrechen nicht durch die Amnestie gedeckt war, weil Chile die Genfer Konvention unterschrieben hatte, eröffnete neue Perspektiven. Da die Diktatur immer von einem Kriegszustand sprach, in dem man sich gegen die marxistischen Gegner befunden habe, mussten die Regeln des Kriegsrechtes angewendet werden. Die Genfer Konvention aber, so befand das Gericht, stehe über der nationalen chilenischen Gesetzgebung. Dieser sich andeutende Wandel im Umgang mit der Vergangenheit in Chile selbst kumulierte im Oktober 1998 mit der Verhaftung Pinochets in London. Leider war die Regierung Chiles unter dem damaligen Präsidenten Eduardo Frei noch nicht politisch in der Lage, daraus das nötige Kapital zu schlagen, um nicht nur Pinochet zur Rechenschaft zu ziehen, sondern auch endlich die antidemokrati-

sche Erbschaft in der chilenischen Verfassung zu beseitigen.

Als im März 2000 allerdings ein demonstrativ gesunder Exdiktator bei seiner Rückkehr nach Chile durch jubelndes Militär empfangen wurde, ließ der Skandal dem nunmehr ersten Sozialisten im Präsidentenamt seit Allendes Zeiten – Ricardo Lagos keine Wahl. Die Regierung ging auf Distanz und unterstützte zunächst betont die Verfahren der Justiz gegen Pinochet. Die Aufhebung der Immunität Pinochets durch sein Amt als Senator auf Lebenszeit war wie ein psychologischer Durchbruch im postdiktatorialen Chile. Auch wenn durch den Gang zum Arzt Pinochet ein Verfahren erspart blieb, war die politische Mitte von der Regierungskoalition bis weit hinein in die beiden rechten Parteien nun in der Lage, sich gewissermaßen erleichtert an die Bewältigung der Zukunft zu machen.

Mit einem Gesetz vom August 2005 wurden wichtige Teile der Verfassung geändert und die Voraussetzungen geschaffen, um den Einfluss der Militärs auf die Politik zu begrenzen und undemokratische Elemente zu beseitigen. So wurden unter anderem die ernannten Senatoren abgeschafft, die Verfassungsrichter können nicht mehr durch das Militär berufen werden, der Präsident kann autonom die Oberkommandierenden der vier Streitkräfte absetzen und die Rolle des Militärs als „Wächter der Verfassung“ ist nicht mehr festgeschrieben. Präsident Lagos sah mit dieser Verfassungsreform den Übergang zur Demokratie für vollendet an.

Die Sozialistin Michelle Bachelet war mit dem Versprechen von mehr sozialer Gerechtigkeit, Bildung für alle und dem Kampf gegen die Armut 2006 dem Sozialisten Lagos im Amt gefolgt. Als erste Frau in diesem Amt, Tochter eines Ermordeten der Diktatur, selbst Opfer und Exilantin, alleinerziehende Mutter und Ärztin, vereinigte sie viel Symbolkraft in ihrer Person, mit der die Menschen Chiles Hoffnung auf Wandel und Bürgerbeteiligung verbanden. Die Bilanz nach vier Jahren Regierungszeit ist ambivalent. So wurde eine Pensionsreform durchgeführt, durch die nun für Menschen, die selbst nicht genügend vorsorgen konnten, eine Mindestpension durch den Staat zur Verfügung gestellt wird. Unter Pinochet war das Pensionssystem radikal privatisiert worden. Doch gleichzeitig schleppte sich eine dringend nötige Reform des Bil-

dungssystems nur langsam durch die Ausarbeitungsphase. Erfolgreich konnte Chile unter ihrer Regierung der Wirtschaftskrise trotzen, vor allem durch den Handel mit Kupfer, der es erlaubte, auf hohe Reserven zurückzugreifen. Dennoch gab es keine Veränderung in der Ausrichtung des seit Pinochets Zeiten eingeschlagenen neoliberalen Wirtschaftskurses. Heute gehört Chile zu den reichsten Ländern der Region, aber auch zu denen mit der größten Einkommensschere zwischen Arm und Reich in Lateinamerika. Noch kurz vor dem Ende ihrer Amtszeit eröffnete Michelle Bachelet in Santiago das erste Museum zum Gedenken an die Opfer der Diktatur. In Bezug auf die Ureinwohner Chiles, den Mapuche, betrieb sie eine Politik, in der die Anti-Terror-Gesetze der Diktatur Anwendung fanden. Michelle Bachelet konnte am Ende ihrer Regierungszeit dennoch auf eine etwa 80-prozentige Zustimmung in der Bevölkerung bauen.

Ein Vorteil, den ihr Nachfolgekandidat der Concertación, Eduardo Frei, nicht für sich nutzen konnte. Die Concertación hat sich mittlerweile in internen Machtkämpfen

aufgerieben und damit ihren Zugriff auf das Präsidentenamt, wofür sie seit dem Übergang zur Demokratie vor 20 Jahren ununterbrochen den erfolgreichen Kandidaten stellte, eingebüßt. Der smarte Milliardär Piñera, mit den besten Kontakten zu ehemaligen Pinochet-Anhängern, wusste diesen Zustand für sich zu nutzen und gewann das Rennen um das Präsidentenamt. Er will zwar die Sozialpolitik seiner Vorgängerin weiterführen, doch ebenso will er auch das leidige Thema Menschenrechte möglichst schnell vergessen machen. Demokratisch legitimiert regiert wieder die politische Rechte in Chile.

1| Zitat von Tomás Moulian, chilenischer Soziologe



**Jenny Schulz** ist seit 2008 Landesgeschäftsführerin der LINKEN in Sachsen-Anhalt.

## Termine

**6. März 2010**, landesweites **Neumitgliedertreffen** in Magdeburg

**9. März 2010, 18.00 Uhr, Festabend zum Frauentag, Einladung der Landtagsfraktion DIE LINKE. Sachsen-Anhalt**, Landtagsrestaurant, Domplatz 6-9, Magdeburg

**10. März 2010, Landesvorstandssitzung** in Magdeburg

**26./27. März 2010**, gemeinsame **Beratung der Landesvorstände** Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

**27. April 2010, Landesvorstandssitzung** in Magdeburg

## Regionalkonferenzen

**10. April 2010, Region Harz** (Kreisverbände Harz und Mansfeld-Südharz)

**17. April 2010, Region Südliches Sachsen-Anhalt** (Kreisverbände Saalekreis, Burgenlandkreis, Stadtverband Halle)

**8. Mai 2010, Region Anhalt** (Kreisverbände Anhalt-Bitterfeld, Wittenberg, Stadtverband Dessau-Roßlau)

**29. Mai 2010, Region Altmark** (Kreisverbände Stendal und Altmarkkreis Salzwedel)

**5. Juni 2010, Region Magdeburg** (Kreisverbände Jerichower Land, Börde, Salzlandkreis, Stadtverband Magdeburg)

**LiMA**

7. Akademie für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit & Medienkompetenz

**ZEICHEN SETZEN**

**Was passiert konkret bei der LiMA?**

- 11. März 2010 → Auftakt nach Wahl → 3 Pre-Konferenzen
- LiMAcampus:** Angebote speziell für junge Medienmenschen
- LiMAdigital:** Journalismus 2.0 – Medienmacher/innen ins Netz
- LiMAunion camp:** Corporate Campagning in Gewerkschaft und Betriebsrat
- Tagestickets ab 10 Euro mit günstigen Verlängerungsangeboten für 7. Akademie**

12. – 14. März 2010 → **7. Akademie für Journalismus, Bürgermedien, Öffentlichkeitsarbeit & Medienkompetenz**

- Mehr als 100 Diskussionen, Fachvorträge, Präsentationen, Exkursionen, Lesungen, Ausstellungen sowie Party & Activism, Berliner Compagnie uvm.
- Workshops in der LiMAwerkstatt für Starter, Fortgeschrittene und Experten: Schreibwerkstatt, Layout, Zeitungsdesign, Typografie, Fotografie, Bildbearbeitung, PR- und Öffentlichkeitsarbeit, Kameratraining, Rhetorik, Onlinejournalismus, CMS-Redaktionssysteme, Videoaktivismus usw.
- Konferenztickets 12. – 14. März für Frühbucher schon ab 25 Euro**

**Wo findet die LiMA 2010 statt?**

- Berlin, Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW), Campus Wilhelminenhofstraße

**Berlin 10. - 14. März 2010**  
[www.linke-medienakademie.de](http://www.linke-medienakademie.de)

LIMA arena  
LIMA campus  
LIMA digital  
LIMA radio  
union camp  
LIMA thema  
LIMA werkstatt  
LIMA vor Ort  
LIMA recherche  
LIMA quelle

**der Freitag** Das Meinungsmedium

**die tageszeitung**

DRUCK VON LINKS **Neues Deutschland**

### Bildnachweis

- © Paylessimages - Fotolia.com (1)
- © Ralf Gosch - Fotolia.com (3)
- © spector - Fotolia.com (8)
- © Mario Grünwald (10)
- © Aris (14)
- © davorr - Fotolia.com (15)

# Die Stunde der Partei

■ Komplexe Lösungen sind nicht immer nur ein Beleg dafür, wie kompliziert die Probleme sind. Manchmal sind sie genauso ein Zeichen für die Ratlosigkeit jener, die ein Problem zu bewältigen haben.

Der Vorschlag, wie die Führung der Linkspartei nach dem Rückzug Oskar Lafontaines aus der Bundespolitik zu organisieren ist, hat von allem etwas. Eine Matrix von 12 Politikerinnen und Politikern ersetzt eine Person. Allerdings – das ist auch Teil der Wahrheit – ersetzen sie noch eine weitere: den zuvor entmachteten Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch. Das wiederum gehört zweifellos in die Kategorie politischer Tollkühnheit: In einer Phase, in der die Zukunft des maßgeblichen Parteiführers ungewiss war, dem erfolgreichen und erfahrenen Parteimanager und Wahlkampfleiter den Stuhl vor die Tür zu

setzen. Und als sei dies nicht genug, wird der Mann, der die noch junge Partei im Westen wohl am besten kennt, der dort viele Probleme gemanagt und im Stillen für manchen Interessenausgleich gesorgt hat, innerhalb der 12er-Matrix wohl am weitesten an den Rand gedrängt: Ulrich Maurer.

Die LINKE hat intern derzeit offensichtlich nicht die Kraft, dominante Persönlichkeiten zu verkräften. Das traf sogar Oskar Lafontaine und Gregor Gysi. Gegen beider Begehren hatte sich z.B. der Landesverband in Brandenburg für den dortigen rot-roten Koalitionsvertrag und gegen Nachbesserungswünsche entschieden.

Vermeintliche Stärke von Personen hatte sich in ihr Gegenteil verkehrt – gebrochen an politischen Realitäten. Die Wende in der Energiepolitik ist in den Grenzen eines Bundeslandes eben nur durch die Organisation von Vorrang für Erneuerbare Energien und nicht durch eine sofortige Vollbremsung in Sachen Braunkohle-Verstromung zu erreichen – zuvor braucht es wesentliche Veränderungen im Bundesrecht und deutlich mehr aktive Zustimmung in der Bevölkerung, nicht ein verlorenes Volksbegehren. Der öffentliche Dienst ist nicht zu konzipieren ohne Berücksichtigung von demografischem Wandel, Auslaufen des Solidarpaktes und ohne vernünftige Aufgabenkritik. Und eine sozialere und demokratischere Perspektive der EU lässt sich nicht erzwingen durch eine trotziges Nein eines einzelnen Bundeslandes gegen den bereits geltenden Vertrag von Lissabon.

Wirksame politische Führung verlangt, sich mit solchen Problemen und Herausforderungen offensiv auseinanderzusetzen – und nicht auf Parolen zu beharren. Man kommt der Lösung nicht näher, wenn man vor allem darauf achtet, dass sich die innerparteilichen Flügel stets wechselseitig in Schach halten können. Andererseits: Ein Team, wenn es denn vom Konstrukt zur handlungsfähigen Mannschaft wird, kann vielleicht eher die nötige Kraft aufbringen als derzeit einzelne in unserer Partei.

Nun richten sich die Hoffnungen vieler auf die Programmdebatte. Sie ist notwendig und duldet keinen Aufschub – keine Frage. Doch gerade linke Programmdebatten spielen sich immer auf einer bestimmten Abstraktionsebene ab – in Zeiten und unter innerparteilichen Bedingungen wie diesen ist dies genau ein Schritt zu weit über die politischen Aktualitäten hinaus und in die definitorische Abgrenzung der Strömungen voneinander hinein.

Eine solidarische Alternative zu Hartz IV und zur Rente mit 67, gesetzliche Mindestlöhne statt Lohndumping und eine friedliche Perspektive für Afghanistan ohne sinnlosen Tod für Deutsche und Einheimische – mit Oskar Lafontaine hatte die Partei über alle ihre ideologischen Differenzen hinweg ausgesprochen, was viele bewegte und was dringend einer Lösung bedurfte. Gerade weil wir in diesen Dingen viel in Gang gesetzt haben, müssen wir unsere Themen jetzt neu bestimmen, erweitern und auch durch neue ergänzen. Über soziale Grundsicherung lässt sich anders reden, seit Hartz IV zur Disposition steht. Der gesetzliche Mindestlohn bleibt auf der Agenda – aber rot-rote Bundesländer gehen bereits einen Schritt darauf zu. Neben der Rentenfrage wird erneut die Alternative Bürgerversicherung versus Kopfpauschale bei den Krankenkassen aktuell. Mit Blick auf Afghanistan geht es zunehmend um die Modalitäten des Abzuges. Nachhaltige Energiepolitik muss als Alternative zum Atomkurs von Schwarz-Gelb erkennbar werden. Genauso wie eine solidarische Finanzierung eines handlungsfähigen Gemeinwesens in Abgrenzung vom Steuer-Populismus der FDP und der von ihr in Geiselhaft genommenen Union.

Ein zweites Lafontaine wird nicht erscheinen, um uns die Worte in den Mund zu legen. Jetzt sind wir selber gefordert. Es ist die Stunde der Partei. Es wird uns gelingen, zu formulieren, was gesagt werden muss – und das wird uns stark machen.



Oskar Lafontaine



**Dr. Thomas Falkner**

ist Referent für Grundsatzfragen in der LINKEN Landtagsfraktion in Brandenburg.

# Zum Gründungsaufwurf

## „Institut Solidarische Moderne“

Francis Bacon stellte einst fest, klug fragen zu können, sei die halbe Weisheit. Der Aufruf ist geradezu eine Ballung von Fragen, vieler kluger noch dazu. Und mag da der Einwand kommen, nicht alle diese Fragen seien neu – in Zeiten gewaltiger Informationsfluten, in denen man eher untergehen denn etwas finden kann, ist es mehr als hilfreich, sich mit einer Bündelung von Problemstellungen konfrontiert zu sehen, die auf Antworten drängen. Antworten, nach denen auch die Linke im weiten wie DIE LINKE im parteiengeren Sinne mehr oder minder intensiv auf der Suche ist. Für einen neuen Politikentwurf, für einen substantiellen politischen Gegenentwurf zur Ideologie des Neoliberalismus – nicht weniger hoch wird die Latte im Aufruf gehängt. Der parteiübergreifende Ansatz ist ebenso ermutigend, wie das Spektrum der InitiatorInnen.

Schon mit dem Aufruf wird eines klargestellt – es geht um linke Politik, und da ist die deutliche Warnung nur zu berechtigt: „Die Debatten darüber, was ‘links’ ist, haben in der Vergangenheit allzu oft dazu geführt, die gesellschaftliche Linke zu spalten, sie handlungs- und politikunfähig zu machen.“ Vergangenheit reicht gar zu oft bis in die Gegenwart, auch das ist Realität. Aber es bleibt nicht bei der Warnung, vielmehr soll es darum gehen, „solidarische und emanzipatorische Alternativen zur herrschenden Politik zu entwickeln und durchzusetzen.“

Warnungen kommen auch aus anderen Richtungen, das bleibt bei linken Diskursen nicht aus, gleitet manchmal auch ins Linkische ab. Da ist schon der Begriff der Moderne selbst suspekt, intellektueller Anspruch – und der ist ohne Zweifel vorhanden und vonnöten – wird als Zugangsbarriere gesehen, der Versuch der geistigen und politischen Vereinnahmung beginnt schon im Ansatz – „grün“ sei doch viel besser als „solidarisch“, so ist es in einem der zahllosen Blogs zu lesen. All das, und die Liste der Einwände ließe sich verlängern, zeigt doch nur, wie ernst die Warnung im Aufruf zu nehmen ist: Anstatt

sich der Klärung tatsächlich drängender Fragen zuzuwenden, ist der Streit über die Frage, was „links“, was „modern“, was denn „solidarisch“ sei, für nicht wenige Zeitgenossen noch immer viel spannender. Dass dabei völlig verkannt wird, wie dies in Sackgassen geführt und neoliberalen Zeitgeist (auch schon wieder eine Verkürzung ...) den Weg mit geebnet hat, scheint nicht weiter zu stören.

Nein, darauf sollte sich DIE LINKE nicht einlassen, das wäre in letzter Konsequenz selbstzerstörerisch, würde wieder nur in gesellschaftliches Abseits führen. DIE LINKE ist nach wie vor gefordert, ihr Gesellschafts- wie ihr Menschenbild so zu entwickeln, dass kenntlich wird, wie aus dem Hier und Heute Veränderungen erwachsen können. Das Institut Solidarische Moderne, seine Ansätze, seine Fragestellungen sollten als geistige wie politische Herausforderung begriffen werden. Dass dazu immer auch wechselseitige Kritik gehören wird, sollte sich von selbst verstehen, aber dann bitte auch im Brecht’schen Sinne: Zur ganzen Kritik gehört der neue Vorschlag!

Kluge Fragen aufzuwerfen, ist schon eine Leistung. Antworten herauszuschälen, die im Leben der Gesellschaft ankommen und Menschen zu Veränderungen ermutigen, das wird wahrlich nicht leichter sein. Allein Debatten um den Fragekomplex „Demokratischer Sozialstaat“ können weiterführen, hier sind Fragen aufgeworfen, die Linke wie DIE LINKE doch im Innersten bewegen müssen, und das gilt für die anderen Komplexe ebenso. Bleibt zu hoffen, dass auch DIE LINKE ihr Scherflein einbringt, vielleicht schon mit der ins



Haus stehenden Programmdebatte. Und andersherum Anregungen aufnimmt, die Programmatik wie Politik bereichern, die – endlich – dazu führen, Grenzen des Tradierten nicht nur in Frage zu stellen, sondern energisch zu durchbrechen.

Der Blick über den Tellerrand sollte endlich Normalität werden, denn das Motto „Rein in der Lehre, überflüssig in der Gesellschaft“ kann nicht ernsthaft Anspruch für DIE LINKE sein.

**| Thomas Drziska**



### Starke Worte starker Frauen

Juli Zeh ist eine der spannendsten deutschen Autorinnen der Gegenwart. 1974 in Bonn geboren, ausgebildete Juristin und Absolventin des Leipziger Literatur-Instituts. Das Thema „Überwachungsstaat“ und damit die Rolle des Staates im Leben seiner Bürgerinnen und Bürger spielt in vielen Werken der Autorin eine zentrale Rolle.

„Corpus Delicti“ ist kein Science-Fiction-Roman, obwohl er im Jahr 2057 spielt, sondern eher ein politischer Krimi. Gesundheit ist zur höchsten Bürgerpflicht geworden. Die „Methode“ verlangt ein festes Sportpensum ebenso wie die Abgabe von Schlaf- und Ernährungsberichten. Buchstäblich über jeden Schritt seiner Bürger ist dieser Staat informiert.

Corpus Delicti handelt von höchst aktuellen Fragen: Wie weit kann und wird der Staat individuelle Rechte einschränken? Gibt es ein Recht des Einzelnen auf Widerstand? Juli Zehs „Corpus Delicti. Ein Prozess“ ist ein visionäres und ungeheuer spannendes Buch über unsere Zukunft, die wir immer weniger bestimmen können.

Mia Holl, die Heldin des Romans, wird als zunächst unpolitische Frau zu einer Revolutionärin wider Willen, sie will die Unschuld ihres Bruders beweisen, der wegen angeblicher Vergewaltigung angeklagt ist. Das Buch vereint spannende Lektüre mit philosophischen und politischen Fragestellungen.

Wer nicht lesen mag, kann auch auf die Audioversion „Corpus Delicti – Eine Schallnovelle“ der Band „Slut“ zurückgreifen. Hier ist kein klassisches Hörbuch, sondern eine musikalische Variante des Buches entstanden – ein „Wort-Musik-Stück“.

Über Sicherheitswahn und den Abbau bürgerlicher Rechte hat die Autorin gemeinsam mit Ilija Trojanow im vergangenen Jahr bei Hanser das engagierte Sachbuch „Angriff auf die Freiheit“ vorgelegt, in dem das Thema „Überwachungsstaat“ ebenfalls im Mittelpunkt steht.

Juli Zeh

#### **Corpus Delicti. Ein Prozess**

Schöfling und Co. Verlag, Frankfurt am Main 2009

ISBN-10 3895614343

240 Seiten, 19,90 Euro



### Sexuelle Revolution

Menschenrechte sind keine Männerrechte, daraus folgernd heißt das neue Buch von Seyran Ates „Der Islam braucht eine sexuelle Revolution“. Das Werk ist eine politische und polemische Streitschrift der streitbaren deutsch-türkischen Rechtsanwältin, die sich seit vielen Jahren für die Rechte muslimischer Frauen einsetzt. Die Autorin lebt nach einem Anschlag und Morddrohungen inzwischen „aus der Öffentlichkeit zurückgezogen“. Die couragierte Frau strebt eine kontroverse Debatte über den Islam an und fordert, dass sich auch die Musliminnen und Muslime ihre Rechte erstreiten müssten. Nur so können Freiheit und Menschenwürde in der islamischen Welt wirklich gelebt werden.

Die Frauenrechtlerin behandelt tabuisierte Themen von Homosexualität über Jungfräulichkeit vor der Ehe bis zum Ehrenmord und fordert nachdrücklich Selbstbestimmungsrechte.

Seyran Ates

#### **Der Islam braucht eine sexuelle Revolution. Eine Streitschrift**

Ullstein-Verlag Berlin 2009

ISBN-10 3550087586

224 Seiten, 19,90 Euro